

# Vorwort

Abschaffung der „Duldung light“, Gleichstellung von subsidiär Geschützten mit GFK-Flüchtlings beim Familiennachzug, ein Ende der bewussten Isolierung von Schutzsuchenden und damit verbunden das Ende der Unterbringung in Anker-Zentren, Erleichterung der Einbürgerung, Abschaffung von Arbeitsverboten für bereits in Deutschland Lebende – Maßnahmen wie diese sind der:dem einen oder anderen Hohenheimer:in in den letzten Jahren sicherlich mehr als einmal durch den Kopf gegangen. Sie waren immer wieder Bestandteil der Diskussionen, der politischen Forderungen auf den Hohenheimer Tagen zum Migrationsrecht, sei es bei Gesprächen im Großen Saal, im Foyer, zu späterer Stunde auch in der Denkbare oder im Raucher:innenzelt. Gleichzeitig waren die Aussichten auf eine politische Umsetzung vieler dieser als dringlich wahrgenommenen Handlungserfordernisse doch lange Zeit ungewiss.

Mit dem Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Koalition, der die Umsetzung der oben benannten Maßnahmen verspricht, hat sich Ende 2021 ein neues Gelegenheitsfenster aufgetan. Das viel beschworene Einwanderungsland Deutschland, mit welchem sich die diesjährigen Hohenheimer Tage zum Migrationsrecht unter dem Titel „Einwanderungsland Deutschland – Perspektiven nach der Bundestagswahl“ beschäftigten, scheint in diesem Vertrag mit neuem Leben gefüllt zu werden. Nicht weniger als ein „Paradigmenwechsel“, ein „Neuanfang“ wird im Text versprochen.

Ob und inwieweit die zahlreichen Versprechen letztlich umgesetzt werden, bleibt freilich abzuwarten. Das Gelingen wird auch vom politischen Willen auf der Seite der Exekutive und der zivilgesellschaftlichen

## Vorwort

Unterstützung für die Reformen abhängen. Der Ausbruch des Krieges in der Ukraine war zur Zeit der Hohenheimer Tage 2022 noch nicht absehbar. Die unbürokratische Aufnahme Millionen Geflüchteter aus der Ukraine in Deutschland und anderen Ländern nähren jedoch die Hoffnung, dass es tatsächlich zu einem „Neuanfang“ in der deutschen und auch europäischen Migrationspolitik kommen könnte. Ein solcher sollte von der Erkenntnis geleitet sein, dass Solidarität kein Exklusivkonzept sein kann und soll für diejenigen, die uns emotional, geografisch, kulturell und/oder religiös am nächsten sind. So erschütternd die Ereignisse in und um die Ukraine sind, so wohnt diesen gleichzeitig doch die Chance eines grundsätzlichen Umdenkens in der deutschen und europäischen Migrationspolitik inne. Geflüchtete aus anderen Ländern wie dem Irak oder Afghanistan etwa harren weiterhin zu Tausenden unter desolaten Bedingungen in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln aus, werden an der polnisch-belarussischen Grenze weiterhin von einem Asylverfahren in Europa abgehalten. Es ist höchste Zeit, dass auch ihnen die vollen Rechte als Schutzsuchende zuteilwerden. In dieser Hinsicht sind im Rahmen der aktuellen Reformdiskussionen nicht nur das Gemeinsame Europäische Asylsystem, sondern auch die Neuorientierung des Grenzkontrollregimes durch die geplanten Änderungen am Schengener Grenzkodex und die immer stärkere und immer umstrittenere Rolle von Frontex in den Blick zu nehmen.

Vor dem Hintergrund des Regierungswechsels nach der Bundestagswahl 2021 diskutierten vom 28. Januar bis 03. Februar 2022 rund 350 Fachleute aktuelle migrationsrechtliche Entwicklungen, Probleme und Erwartungen rund um das Einwanderungsland Deutschland – nicht nur im nationalen Kontext, sondern auch als Mitgliedstaat der Europäischen Union. Inwieweit, in welcher Form und mit welchen Mitteln kann Deutschland in seinem Selbstverständnis als Einwanderungsland gefördert, gestärkt und weiterentwickelt werden? Welche neuen (und alten) Perspektiven sind erkennbar und wie können diese gegebenenfalls in die politische und rechtliche Praxis umgesetzt werden? Diese und andere Fragen wurden im Rahmen der Tagung erörtert – wie immer mit dem

Ziel, Perspektiven für eine am Menschen orientierte Ausgestaltung des Rechtsgebiets zu eröffnen bzw. neu in Erinnerung zu rufen.

Die vorliegenden Artikel basieren auf den Beiträgen von Referierenden. Auch wenn die Hohenheimer Tage pandemiebedingt erneut online und daher mit einem reduzierten Programm stattfinden mussten, spiegelt die Dokumentation das breite Spektrum migrationspolitischer „Baustellen“ wider – angefangen von der Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung bis hin zur Situation von Frauen in Afghanistan. Die Beiträge legen Zeugnis ab von den vielfältigen Erwägungen und Bemühungen in Richtung einer Weiterentwicklung eines dem Menschen zugewandten Einwanderungslands.

St. Gallen, Speyer und Stuttgart, im Mai 2022

Constantin Hruschka, Constanze Janda und Konstanze Jüngling

